

Spaltung der württembergischen Sozialdemokratie.

Stuttgart, 22. Juli. Die Abgeordneten Westmayer, Engelhardt und Hösche haben dem Präsidium der Zweiten Kammer des Landtages angezeigt, daß sie sich zu einer sozialistischen Fraktion (im Gegensatz zur sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtages) zusammengeschlossen haben.

Der Zwiespalt in der württembergischen Sozialdemokratie, der sich seit Jahren unausgesetzt verschärft, hat jetzt auch nach außen hin einen sichtbaren Ausdruck gefunden. Von den siebzehn Mitgliedern der Landtagsfraktion sind drei ausgeschieden, um eine eigene sozialistische Fraktion zu bilden. Damit hat eine Entwicklung ihren Abschluß gefunden, deren Bedeutung weit über die schwarz-roten Grenzpfähle hinausreicht. Nirgendwo sind die Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Revisionisten mit so leidenschaftlicher Erbitterung, mit solcher persönlichen Schärfe geführt worden wie in Württemberg. Hier stießen beide Parteigruppen in gleicher Stärke aufeinander, so daß mit dem Sieg der einen oder anderen Richtung kaum zu rechnen war. Noch auf dem Parteitage der württembergischen Sozialdemokratie im Juli 1913 wurde der Kampf als unentschieden abgebrochen und alle vorliegenden Anträge zurückgezogen, weil die Mehrheitsverhältnisse unklar waren. Trotzdem schien es, als ob die Radikalen, deren eigentliche Führung Clara Zetkin innehatte, doch langsam die Herrschaft an sich reißen würden, vor allem verfügten sie unbedingt über die Stuttgarter „Tagwacht“, das Hauptorgan der württembergischen Partei. In jenen Tagen legte auch der revisionistische Reichstagsabgeordnete für Stuttgart, Hildenbrand, sein Landtagsmandat nieder und verließ Württemberg.

Von da an haben aber die Revisionisten allmählich wieder mehr an Boden gewonnen, bis der Kriegausbruch ihren Sieg entschied. Die „Tagwacht“ wurde den Radikalen entrisen und Keil, der Führer des rechten Flügels, ersetzte Crispian und Westmayer in der Redaktion. Auch in den einzelnen Ortsgruppen wurde im vergangenen Jahre Klarheit geschaffen. In Stuttgart wie in Göppingen wurden neue Vereine gegründet, die der Landesvorstand als außerhalb der Partei stehend bezeichnete. Es ist heute unmöglich, auf diese Wirren im einzelnen einzugehen, die sich zum großen Teil infolge des Kriegszustandes der Öffentlichkeit entzogen. Die Zensur und die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes haben wenigstens nach außen hin diese mit wachsender Gehässigkeit geführten Kämpfe verdeckt. Immerhin bewiesen die vielen Erklärungen beider Gruppen, daß an eine Verständigung nicht zu denken war. Wiederholt versuchte es dann der Berliner Parteivorstand, vermittelnd einzugreifen, ohne aber irgendeinen Erfolg verzeichnen zu können. Anfang Mai legten auf einer Konferenz in Stuttgart die Mitglieder des Parteivorstandes Braun und Müller eine Erklärung vor, die als Grundlage zu einer Eini-gung dienen sollte, die Westmayer-Gruppe lehnte diese Vorschläge jedoch ab. Gleichzeitig wurde vom Parteivorstande für Württemberg eine Erklärung wiederholt, daß diese Gruppe nicht mehr zur Partei gehöre.

Der eigentliche Bruch wurde dann offiziell am 26. Juni dieses Jahres in einer Landtagsitzung vollzogen. Als der Abg. Keil namens der sozialdemokratischen Fraktion die Zustimmung zu einigen Regierungsvorlagen aussprach, erklärte der Abg. Westmayer, daß er und seine Freunde, gemeint waren Engelhardt und Hösche, nicht zu den Fraktionsitzungen hinzugezogen waren, worauf Keil entgegnete, daß diese Abgeordneten außerhalb der Fraktion ständen. Westmayer hat nun in der gestrigen Sitzung des Landtages, der ersten nach jenem Zwischenfall, die Bildung einer neuen Fraktion angezeigt.

Die entscheidende Frage war jetzt, welche Folgen diese Trennung in Württemberg für die Gesamtheit der deutschen Sozialdemokratie hat. Daß die Westmayer, Zetkin und Crispian auch in anderen Landesteilen einen starken Anhang haben, ist bekannt. Von sozial-

demokratischer Seite wurde erst in letzter Zeit darauf hingewiesen, daß zwischen den Redaktionen in Stuttgart, Hamburg und Steglitz eine sehr enge Verbindung bestehe. Wie eng sie ist, müssen schon die nächsten Tage zeigen.

Gegen Haase. Der Provinzialvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover, die Vorstände des Gewerkschaftsartells und des Sozialdemokratischen Wahlvereins sowie die Bezirksführer des letzteren in Hannover und die in den Organisationen tätigen Redner nahmen in drei Sitzungen Stellung zu den Parteistreitigkeiten über die Haltung und die Taktik der Reichstagsfraktion bei Bewilligung der Kriegsanleihen und erklärten: „Die Bewilligung der Kriegsanleihen durch die sozialdemokratische Fraktion war eine Notwendigkeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes, von dem die in der modernen Arbeiterbewegung organisierten Arbeiter einen großen Teil bilden. Deren Errungenschaften sind mit der Existenz und Unversehrtheit des Landes und Volkes untrennbar verbunden. In Erkenntnis dieser Notwendigkeit halten die Vorstände die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung für unerlässlich und verurteilen das schädliche Treiben derjenigen, die versuchen, die Partei in einer bisher nicht üblichen Form und unter größtlicher Beschimpfung der Mehrheit der Partei und Fraktion zu einer der Arbeiterbewegung und dem ganzen Volke schädlichen Taktik zu verleiten. Mit der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, deren Preisgabe das Ende der Bewegung bedeuten würde, steht die vom Genossen Haase als Vorsitzenden der Partei herbeigeführte Veröffentlichung des Ausrufs „Ein Gebot der Stunde“ in schärfstem Widerspruch, zumal die Veröffentlichung ohne zuvorige Beratung im Parteivorstand erfolgt ist. Sie mißbilligt das Vorgehen des Genossen Haase, ebenso wie alle Bestrebungen, die darauf hinausgehen, eine Umkehr von der bisherigen Haltung der Partei zu erreichen.“ — Von 56 Teilnehmern an der Aussprache stimmten nur zwei gegen diese Resolution.

Sozialdemokratische Blätter unter Präventivzensur.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ ist gestern wegen eines Artikels gegen die bayerische Regierung unter Präventivzensur gestellt worden. Ferner ist, dem „Vorwärts“ zufolge, auch über die „Mainzer Volksstimme“ die Präventivzensur verhängt worden.